

Die Gewerkschaften in Kassel 1945 - 48



C 99 - 04507

Ein antifaschistisches Bollwerk

Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses Kassel

Hess. Nachrichten
26.9.45

KASSEL, 25. September
Die amerikanische Militärregierung hat den vorbereitenden Aufbau der Gewerkschaften genehmigt. Der deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte darf sich wieder auf freier demokratischer Grundlage organisieren.

Nun gilt es, die Schäden zu beseitigen, die Wunden zu heilen und die Trümmer fortzuräumen; um auf ihnen ein neues antifaschistisches Deutschland aufzubauen. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Hitler kam zu ungehemmter Macht und konnte sein Zerstörungswerk an Deutschland und Europa beginnen. Als Gewerkschaftler übernehmen wir die schwere Verantwortung, überall dort, wo der Krieg seine schrecklichen Spuren hinterließ, an der Spitze des Aufbaues zu stehen. Nicht mehr im Betrieb allein, sondern überall, wo Not und Elend auftreten, ist in Zukunft der Platz des Gewerkschaftlers. Unsere Ziele finden ihren Ausdruck in folgenden 12 Punkten:

1. Mithilfe der Verständigung der Völker untereinander in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt
2. Aufklärung in Wort und Schrift über Völkerverständigung

3. Kampf gegen Militarismus und Faschismus
4. Mithilfe bei der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung
5. Vereinigungsfreiheit
6. Vertretung der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens
7. Wiedereinführung des Arbeitsrechts, wie es vor 1933 bestand
8. Wiedereinführung des 8-Stunden-Tages
9. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland es gestatten, die

Einführung der 40-Stunden-Woche gemäß den Beschlüssen des Londoner Gewerkschaftskongresses vom Februar 1945.

10. Der 1. Mai ist zum gesetzlichen Feiertag zu erklären
 11. Wiedereinsetzung aller Zweige der sozialen Versicherung
 12. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts.
- In Ehrfurcht und Achtung wollen wir jener Kollegen gedanken, die in Deutschlands schwärzester Nacht das Banner der Freiheit an sich gerissen und einen zähen und mutigen Kampf gegen den

Hitler-Barbarismus führten. Zum Teil haben sie dieses Streben mit dem Tode bezahlt oder eine vertierte SS hat sie unmenschlich in Konzentrationslagern gequält und gefoltert.

Die neuen Freien Gewerkschaften sollen in der Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten werden. Ihre Aufgabe ist es vor allem, mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und der Heilung der Wunden, die der unselige Hitler-Krieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der Deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker.

Beweisen wir der Welt, daß die geeinte Arbeiterschaft, durch die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Traditionen bewußt, gewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk zu schaffen; daß sie entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für die Schaffung eines demokratischen Deutschland, für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern.



V O R W O R T

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Wer baute das siebentorige Theben?
 In den Büchern stehen die Namen von Königen.
 Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
 Und das mehrmals zerstörte Babylon -
 wer baute es so viele Male auf?
 In welchen Häusern des goldstrahlenden Lima
 wohnten die Bauleute?
 Wohin gingen an dem Abend,
 wo die chinesische Mauer fertig war,
 die Maurer?
 Das große Rom ist voll von Triumphbögen.
 Wer errichtete sie?
 Über wen triumphierten die Cäsaren?
 Hatte das vielbesungene Byzanz nur Paläste
 für seine Bewohner?
 Selbst in dem sagenhaften Atlantis brüllten
 in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
 die Ersaufenden nach ihren Sklaven.

Der junge Alexander eroberte Indien.
 Er allein?
 Cäsar schlug die Gallier.
 Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
 Philipp von Spanien weinte,
 als seine Flotte untergegangen war.
 Weinte sonst niemand?
 Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg.
 Wer siegte außer ihm?

Jede Seite ein Sieg.
 Wer kochte den Siegeschmaus?
 Alle zehn Jahre ein großer Mann.
 Wer bezahlte die Spesen?

So viele Berichte.
 So viele Fragen.

Bert Brecht

Der DGB-Seniorenrat beschäftigt sich seit einiger Zeit mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordhessen. Dabei zeigte es sich, daß sehr wenige Dokumente aus der örtlichen Situation vorhanden sind. Mehrere Aufrufe und Rundschreiben hatten auch nicht den gewünschten Erfolg. Die Ursachen hierfür sind sicherlich sehr unterschiedlich. Eines wurde jedoch sehr deutlich, aus Angst vor Verfolgungen durch die Faschisten wurden Dokumente vernichtet, die Bombenangriffe auf Kassel taten ihr übriges und die noch verbliebenen Reste wurden dann teilweise von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmt.

Im Seniorenrat wurde daher beraten, ob durch die Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung ein Stipendiat das vorhandene Material aufarbeitet. Der Kollege Reimund Rüttger erklärte sich bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. In mehreren Sitzungen wurde beraten, welche Zielrichtung verfolgt werden sollte und dann festgehalten, daß

- die Arbeit sich beschränkt auf die Gründung der Gewerkschaften nach 1945-48,
- die Arbeit Schlaglichter aus dieser Zeit aufzeigt, die anregen sollen, die noch fehlenden Mosaiksteine einzusetzen,
- die Arbeit nicht in den Bücherregalen verschwindet, sondern verwendbar wird in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, in den Schulen.

Nach Fertigstellung der Arbeit durch den Kollegen Rüttger wurde eine Erkenntnis für die Beteiligten sehr deutlich "ohne das Wissen über die damalige Lebenssituation sind viele Entscheidungen von damals heute nicht verständlich und nachvollziehbar". Die Arbeit hat daher ein Hauptziel erreicht, einen ersten Beitrag zu leisten zur eigenen Geschichte der

I. Die Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes
in Kassel

Vom 1.4. - 4.4.1945 besetzte die amerikanische Armee Kassel. Damit war der 12-jährigen Herrschaft der Nationalsozialisten ein Ende gesetzt.

Schon bald fanden sich ehemalige Funktionäre der Gewerkschaften zusammen, um eine Neugründung vorzubereiten. Das erste Treffen im Kasseler Rathaus am 25. April 1945 wird aber von den amerikanischen C. I. C. aufgelöst.¹⁾ Der erste Antrag auf Zulassung einer Gewerkschaft wurde am 14. Mai 1945 gestellt.

In der Folgezeit kommt es zu Kontakten mit der örtlichen Militärregierung. "Wir wollten die Genehmigung zur Vorbereitung der einleitenden Schritte haben. Wegen dringender Inanspruchnahme durch andere Aufgaben wurde die Entscheidung über unseren Antrag dann von Woche zu Woche zurückgestellt."²⁾ Am 19. Mai 1945 muß eine Besprechung im Büro der Militärregierung stattgefunden haben. Das Ergebnis war die Zusage, in Sachen Gewerkschaften mit der Militärregierung Rücksprache zu nehmen. Ende Mai / Anfang Juni 1945 kommt ein erneutes Zusammentreffen zustande. "Im Gildehaus" ... "fand erneut eine Versammlung statt, an der auch Vertreter der Militärregierung teilnahmen."³⁾ Es wurde ein "Gewerkschaftspräsidium" gebildet, das Beratungsstunden und Verbindungen mit Behörden und Verwaltungen aufnahm. Es wurde ein "Gewerkschaftsausschuß zur Durchführung des Aufbaus der Gewerkschaften" gebildet.⁴⁾

Am 6. Juni 1945 wird erneut ein Gesuch gestellt: "Wir geben uns der Hoffnung und Erwartung hin, daß Sie, Herr Kommandant, unserer Bitte nähertreten und uns Ihre Erlaubnis zur Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für Kassel und die Provinz Kurhessen geben."⁵⁾ Die Unterzeichner berufen sich auf die Zusage von General Eisenhower. "Die deutschen Arbeiter werden sich, sobald die Um-

Arbeiterbewegung in Nordhessen gemäß dem damaligen Anspruch Kasseler Gewerkschafter "die Vergangenheit ist der Lehrmeister der Zukunft".

Es sei aber auch festgehalten, daß dies erst 36 Jahre nach 1945 erfolgt. Dies ist sowohl selbstkritisch zu sehen, aber auch eine Kritik an denen, die sich als Geschichtsschreiber betätigen. Denn es war doch wohl die Arbeiterschaft, die mit ihrer Leistung den entscheidenden Beitrag zum "Neuaufbau", wie sie es verstanden, leisteten.

An dieser Stelle sei dem Kollegen Reimund Rüttger besonders gedankt, der es verstand, innerhalb von 8 Wochen diese nun vorliegenden Schlaglichter zur Gründung der Gewerkschaften nach 1945 der Öffentlichkeit vorzulegen.

Der DGB-Kreis Kassel verbindet mit dieser Arbeit die Hoffnung, daß sie Anregungen gibt, sich stärker als bisher mit der örtlichen Geschichte der Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen.



Fred Link



Kurt Kaiser

stände es gestatten, zu demokratischen Gewerkschaften zusammenschließen dürfen ... ". "Die Wiederherstellung dieses Grundrechts der Vereinigungsfreiheit, das von den Nationalsozialisten beseitigt wurde, wird den Arbeitern die Möglichkeit geben, mit den Arbeitgebern Kollektiv-Verträge abzuschließen. Streiks, die mittelbar oder unmittelbar die militärische Lage gefährden, werden verboten. Das gleiche gilt für Aussperrungen." ⁶⁾

Programmatisch lehnten sich die Unterzeichner an die von den Amerikanern erlaubte Gewerkschaft in Aachen an. "Dabei geben wir auch Ihnen (dem hiesigen Kommandanten der Militärregierung d.V.) die ausdrückliche Versicherung, daß wir uns bei der gewerkschaftlichen Arbeit streng an die Weisungen Ihrer Regierung und die in Aachen aufgestellten programmatischen Grundsätze halten werden." ⁷⁾ In dem "Programm der neuen freien Gewerkschaften" heißt es: "In einzelnen Punkten zusammengefaßt, dürfen wir, der provisorische Ausschuß, auf die in Nr. 3 des von der amerikanischen Armee ausgegebenen "Kölnischen Kurier" vom 16. 4. 1945 aufgestellten 13 Punkten berufen...":

1. Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt.
2. Aufklärung durch Wort und Schrift, insbesondere der Jugend und der rückkehrenden Soldaten, über Völkerverständigung.
3. Kampf gegen den preußischen Militarismus und Faschismus.
4. Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung.
5. Vertretungen der Gewerkschaften in allen Zweigen des öffentlichen Lebens.

6. Wiedereinführung des Arbeitsrechts.
7. Regelung der Lohnfragen und der Ferien.
8. Wiedereinführung des 8-Std.-Tages.
9. Unterdrückung der Werkschutzvereine.
10. Arbeiter und Angestellte, die Mitglieder der NSDAP waren, können Mitglieder werden, dürfen aber keine Funktionen ausüben. Exponenten der NSDAP und deren Gliederungen können keine Mitglieder werden. ⁸⁾

Dieses Programm wurde am 23. Juli 1945 der örtlichen Militärregierung übergeben. Es schließt mit dem Satz: "Wir hoffen nunmehr, daß die Militärregierung nach Prüfung des vorläufigen Satzungsentwurfs die Gewerkschaften zulassen wird." ⁹⁾

Am 8. Aug. 1945 erteilt die Militärregierung eine vorläufige Genehmigung zur Gründung des "Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kassel". ¹⁰⁾ Eine endgültige Genehmigung wurde erst am 7. Nov. 1945 erteilt.

Die Militärregierung versäumt es nicht, darauf hinzuweisen, daß auch andere Gewerkschaften außer der erlaubten Mitglieder aus den gleichen Bereichen aufnehmen können. Der Wirkungsbereich des FDGB wurde auf den Kreis Kassel beschränkt. Über die Mitglieder, die Tätigkeit und Gelder der Organisation mußte eine Kartei angelegt werden, in die die Militärregierung jederzeit Einsicht nehmen konnte.

Nach Erteilung der Genehmigung wurden Einzeichnungslisten in die Betriebe gegeben, in die sich jeder, der Mitglied werden wollte, einzeichnen konnte. Am 9. Sept. 1945 fin-

det dann im Saal der Spinnfaser AG die Gründungsfeier statt. Die Rede für den vorbereiteten Ausschuß hält Paul Pfetzing:

"Welche Aufgaben uns schaffenden Menschen gestellt sind, sind fast in Anbetracht der furchtbaren Zerstörungen undefinierbar. Die Gewerkschaften wollen nicht Sektor" ... "sondern wir wollen Faktor der Wirtschaft sein." ¹²⁾

II. Für eine zentrale Gewerkschaft oder autonome Einzelgewerkschaften

Am 26. Sept. 1945 wird der Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses Kassel veröffentlicht. ¹⁾ Unter der Überschrift: "Ein antifaschistisches Bollwerk" werden 12 Ziele für die Zukunft genannt:

1. Mithilfe der Verständigung der Völker untereinander in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt
2. Aufklärung in Wort und Schrift über Völkerverständigung
3. Kampf gegen Militarismus und Faschismus
4. Mithilfe bei der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung
5. Vereinigungsfreiheit
6. Vertretung der Gewerkschaften in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung
7. Wiedereinführung des Arbeitsrechts, wie es vor 1933 bestand
8. Wiedereinführung des 8-Std.-Tages
9. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland es gestatten, die Einführung der 40-Std.-Woche
10. Der 1. Mai ist zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.
11. Wiedereinsetzung aller Zweige der sozialen Versicherung

12. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts

In dem Aufruf heißt es weiter: "Die neuen Freien Gewerkschaften sollen in der Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechts der Arbeiter und Angestellten sein." ²⁾

An eine Aufsplitterung der Gewerkschaften, wie sie vor 1933 bestanden hatten, war also von Anfang an nicht gedacht. Auch war man sich darin einig, keine autonomen Industrieverbände zu gründen, sondern die einzelnen Sparten unter einem gemeinsamen Dachverband zu vereinigen. Am 1. Dez. 1945 wird eine Graphik zur Organisationsstruktur des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes von Paul Pfetzing veröffentlicht. ³⁾ Dort sind 16 einzelne Sparten in einem Verband aufgegliedert. "In den neuen Gewerkschaften werden nicht mehr all die vielen Berufsverbände vertreten sein, da man hier auch in die frühere Schwerfälligkeit zurückgleiten wird. Die neuen Organisationen passen sich aus Gründen der Einheitlichkeit dem gegenwärtigen Stand der einzelnen Industrien an, und zwar in dem Sinne, daß sie sich industriegruppenweise aufbauen." ⁴⁾

Der weitere Aufbau der Organisation erfolgt im Febr. 1946. "Die weitere Gestaltung der Gewerkschaften erfordert einen weiteren Schritt." "Die große Mitgliederzahl muß sich jetzt formieren, so wie sie karteimäßig gegliedert sind, erfolgt auch die Einreihung und Ausrichtung in den einzelnen Berufs- oder Industriegruppen." ⁵⁾ Im Laufe dieses Monats fanden dann auch die Wahlen der Vorstände für die einzelnen Gruppen statt. Für die technischen und kaufmännischen Angestellten aller Industriegruppen, für die Industriegruppen Banken und Versicherungen, Holz, Textil und Bekleidung, graphisches Gewerbe, Nahrung-Genußmittel

und Brauereien, und für den Groß- und Einzelhandel. ⁶⁾

Schon bald gibt es Differenzen über die Organisationsstruktur. "Wir in Kassel haben auf dem Standpunkt der gewerkschaftlichen Zentralorganisation des F.D.G.B. bestanden ...". "Der Gegenpol Kassels, der Frankfurter Bezirk, nahm einen anderen Standpunkt ein, nämlich von der gewerkschaftlichen Industrieorganisation ...". ⁷⁾ Die Mitglieder waren zu dieser Zeit Mitglieder des F.D.G.B. Kassel. Die Beiträge wurden auch dorthin abgeführt und wiederum an die einzelnen Fachgruppen verteilt. Kassel hatte mit dieser Organisationsstruktur eine Sonderrolle innerhalb Hessens. Ein Festhalten an diesem Modell hätte Schwierigkeiten bei der Zulassung der Gewerkschaft auf Landesebene durch die amerikanische Besatzungsmacht bedeutet. Auch konnten die Kasseler nicht mit der Solidarität der Frankfurter Organisation rechnen. ⁸⁾

"Die Funktionäre der Gruppe Metall beschlossen in einer besonders einberufenen Versammlung (24.6.1946 d.V.), nach dem Referat des Kollegen Bock, den Anschluß an die Industriegewerkschaft Metall Hessen." "Am gleichen Tage tagte in Frankfurt die Konferenz der Metallarbeiter, die die Bildung der Landesgewerkschaft Hessen beschloß. Kassel war auf dieser Konferenz nicht vertreten. "Der am 24. und 25. Aug. 1946 in Frankfurt tagende erste Bundestag der Gewerkschaften Hessens beschloss die Organisation des F.G.B. Hessen und damit die Anerkennung der Industriegewerkschaften als fundamentale Grundlage der gesamtgewerkschaftlichen Organisation." ⁹⁾

Dadurch wurde der FDGB in Kassel vor vollendete Tatsachen gestellt und mußte seine Struktur umorganisieren. Am 1. Okt. 1946 wurde dann auch die Gewerkschaft Metall gegründet.

III. Mitgliederentwicklung

Im Nov. 1945 beträgt die Mitgliederzahl nach Schätzungen 20.000. ¹⁾ Am 1. Jan. 1946 beträgt die Mitgliederzahl 23.500. ²⁾ Im Dez. 1946 haben die einzelnen Gewerkschaften an Mitgliedern:

| | |
|----------------------------------|----------------------|
| Metall: | 13.010 |
| Druck u. Papier: | 314 |
| Textil u. Bekleidung: | 1.676 |
| Baugewerksbund: | 4.493 |
| Bergbau: | 2.077 |
| Land- u. Fortswirtsch.: | 1.073 |
| Handel u. verwandte Gewerbe: | 831 |
| Holz: | 1.126 |
| Freie Berufe: | 885 |
| Chemie-Glas-Keramik: | 1.448 |
| Banken u. Versicherungen: | 812 |
| Nahrung, Genuß u. Gaststätten: | 1.537 |
| Öffentl. Verwaltung u. Betriebe: | 5.091 |
| Eisenbahnen u. Straßenbahnen: | 5.590 |
| Post- u. Fernmeldewesen: | 1.441 |
| Invaliden: | 1.652 |
| Gesamt: | 43.056 ³⁾ |

IV. Jugendarbeit

Ende 1946 waren beim FGB Kassel rd. 11.000 Jugendliche organisiert. ¹⁾ Der für die damalige Jugendarbeit Verantwortliche stellte fest: "Die Jugendgruppenarbeit ist im Vergleich zu den 11.000 Jugendlichen sehr schwach." Es bestand ein Jugendausschuß auf örtlicher Ebene, dem auch eine Jugendgruppe angegliedert war, die die Aufgabe hatte, den Funktionärsnachwuchs auszubilden. In den einzelnen Betrieben wurden "Betriebsjugendausschüsse" gewählt. In Betrieben bis 10 Lehrlinge sollte ein Vertrauensmann, in Betrieben mit mehr als 10 ein dreiköpfiger Ausschuß gewählt werden. Aus diesen Gremien wurde dann der "Gewerkschaftsjugendausschuß" gebildet. ²⁾

Durch Initiative der Gewerkschaft wurden für die Jugendlichen Kurse an der Volkshochschule angeboten. Schwerpunkte dieser Kurse waren Allgemeinkundliches sowie Buchführung, Betriebskunde, Statik, Stenografie und Sprachen. Die Bildungsarbeit der Gewerkschaftsjugend in dieser Zeit hat einen deutlichen Teil an Freizeit und Erholung. In den Monaten Jan. bis März 1947 wurden 5 14-tägige Lehrgänge in Bad Sooden-Allendorf durchgeführt. Ein Lehrgang umfaßte 200 Teilnehmer. Themen der Lehrgänge waren u.a.: Wirtschaft und Sozialisierung, Sozialversicherung, Gewerbeaufsicht, Menschenführung im Betrieb, Gewerkschaften, Arbeits- und Sozialrecht. ³⁾

V. Der Kampf um bessere Ernährung und Bekleidung

Der militärische Zusammenbruch bedeutete auch ein Ende jedweder Herstellung und Verteilung von Waren. Eine Infrastruktur, die unter dem Gesichtspunkt der Kriegführung aufgebaut war, funktionierte nicht mehr oder war infolge der Kriegshandlungen zerstört. Alle militärische und zivile Gewalt wurde in Kassel von der amerikanischen Militärregierung übernommen.

Die vornehmsten Probleme, die es für die Gewerkschaften zu lösen galt, waren: Die Organisation der Lebensmittelversorgung, die Versorgung mit Kleidung und Brennstoffen, die Beschaffung von Wohnraum sowie die Wiederankurbelung der Produktion.

Am 28. Nov. 1945 ergeht vom Kasseler FDGB ein Aufruf an die Landarbeiter und Bauern Kurhessens, die Ernährungslage zu verbessern. "Bauern, bedenkt, daß alle Hand- und Kopfarbeiter in den Betrieben ihre ganze Kraft einsetzen, um die Produktivität der zerbrochenen Industrie zu heben. Nun liegt es an Euch, für diese schaffenden Menschen die Not zu lindern und eine wahrhaftige Solidarität zwischen Stadt und Land konstruktiv zu formen." ¹⁾ Beabsichtigt war, mit diesem Aufruf zu erreichen, daß die Bauern ihre Produkte nicht Schiebern und Schwarzhändlern verkauften, sondern in öffentlichen Abgabestellen ablieferten.

In welchem Maße die Unterversorgung mit Lebensmitteln die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigte, zeigt eine Resolution der Gruppe Holz im FDGB Kassel vom 27. Mai 1946: "Die beim Wiederaufbau tätigen Holzarbeiter haben Anspruch darauf, ihren Leistungen entsprechend in Ernährung und Kleidung gewürdigt zu werden. Die Dinge liegen doch einfach so, daß bei der gegenwärtigen Lebensmittelzuteilung kein Holzarbeiter in der Lage ist, seiner schweren und verantwortlichen Arbeit beim Wiederaufbau nachzugehen." Bemängelt wird auch die Versorgung mit Arbeitskleidung: "Ganz abgesehen von den fehlenden Arbeits-

jacken und -hosen haben die meisten keine für den schweren Beruf geeigneten Schuhe." ²⁾

Mitte Juni 1946 kommt es im Gildehaus zu einem Zusammentreffen zwischen Vertretern des FDGB, dem Landesinnungsverband und dem Wirtschafts- und Landwirtschaftsamt. In einer Resolution stellen die Gewerkschafter fest: "Infolge der derzeitigen schlechten Ernährungslage allgemein ist es dem größten Teil der beruflich tätigen Bevölkerung in Kassel nicht mehr möglich, ihrer Arbeit am Wiederaufbau" "so nachzugehen, wie dies im allgemeinen wünschenswert wäre." ³⁾ Insbesondere wurden gefordert: Landarbeiterzulagekarten bei mehr als 48 Std. Beschäftigung, Schwerstarbeiterkarten für die Beschäftigten im Baugewerbe, Heranziehung der Landwirtschaft zu stärkeren Abgaben und die Möglichkeit, Anträge auf Berufskleidung an das Wirtschaftsamt zu stellen. ⁴⁾

Ende Nov. 1946 kommt es zu einem eintägigen Proteststreik von im Baugewerbe Beschäftigten. Auf einer Versammlung, an der Teilnehmer aus den Kreisen Kassel, Kassel-Land, Hofgeismar, Wolfhagen, Fritzlar-Homberg, Melsungen und Witzenhausen teilnehmen, wird erklärt: "Seit 11 Monaten wird versucht, die Bauarbeiterlöhne einer Berichtigung zu unterziehen. Alle Verhandlungen sind bis heute gescheitert.". "Wir sehen keine Gewähr für einen Arbeitsfrieden, wenn nicht schnellstens die katastrophale Lage der Bauarbeiter eine Behebung erfährt." ⁵⁾

In der "Stimme der Arbeit" erscheint ein Artikel, der sich mit den Folgen des Nahrungsmangels beschäftigt: "Die Ernährungslage der Jugend ist bedenklich, Gesundheit und Leistungsfähigkeit lassen in zunehmendem Maße nach." Der Verfasser verweist auf eine in einem Großbetrieb gemachte Reihenuntersuchung, durch die festgestellt wurde, daß etwa 90 % der Jugendlichen unterernährt waren. ⁶⁾

Im Nov. 1947 versammeln sich in einer Halle der Henschel-Werke die Betriebsräte und Vertrauensleute der Kasseler In-

dustrie, des Handwerks, des Handels und der Behörden. Ihre wesentlichsten Forderungen waren:

"Die Regierung fordert die maßgeblichen Stellen auf, den zweiten Zentner Kartoffeln so schnell wie möglich zur Verteilung zu bringen ... ";

"Die in den Betrieben erzeugte Produktion wird unter schärfste Kontrolle gestellt und der Abgang der Ware wird ebenfalls kontrolliert!";

"Die Gewerkschaften bestellen" "Kommissionen, die amtlich befugt werden, mit den Kontrollorganen des Staates" ... "die vorhandenen Bestände und Vorräte aufzunehmen, um endlich Übersicht über die zu verteilenden Güter zu bekommen." ⁷⁾

Auch im Mai 1948 kommt es noch zu Streiks mit der Forderung, die Lebensmittelversorgung zu verbessern. Am 5. Mai streiken die Beschäftigten von Henschel & Sohn sowie verschiedener anderer Kasseler Betriebe. Der Protest richtet sich gegen die Kürzung der Zulagekarten. ⁸⁾ Ende Mai streiken die Arbeitnehmer aller Kasseler Betriebe, der öffentlichen Behörden und Verkehrsmittel, um gegen den Hunger und die Korruption zu demonstrieren. ⁹⁾

VI. Der Solidaritätsfonds des FDGB

Um unmittelbar helfen zu können, gründete der FDGB im Okt. 1945 einen Spendenfonds. In der von Vertretern aller Betriebe und Behörden angenommenen Resolution heißt es: "Die soziale Not in weiten Kreisen unserer Kasseler Bevölkerung nimmt Formen an, von deren Ausmaß sich viele Menschen noch keine Vorstellung machen können. Stadt und Provinz" ... "können in dem gerechten Maße nicht helfen, wie in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg." ¹⁾ Es wurde weiterhin beschlossen, daß alle Arbeitnehmer einen einmaligen Stundenlohn für die Monate Oktober, November und Dezember auf das Konto des FDGB überweisen sollten. So konnten im Dezember 1945 40.000 Reichsmark an Bedürftige ausbezahlt werden. In diesem Aufruf wird sich ausdrücklich von Spendenaufrufen aus der Zeit des Nationalsozialismus distanziert. "Wer nichts geben will, soll es an der maßgebenden Stelle im Betrieb melden. Darauf wird auf die Ausschließenden kein Druck erfolgen." Eine Sammelaktion wurde auch unter Kasseler Firmen und Geschäften durchgeführt. ³⁾ Die Gelder sollten Invaliden, Witwen und Waisen zugute kommen.

VII. Der Kampf gegen Schwarzmarkt und Warenhortung

Der schon durch inflationäre Kriegswirtschaft entwerteten Reichsmark stand nun auch noch ein völlig unzureichendes Warenangebot gegenüber. Verstärkt wurde diese Tendenz durch Kompensationsgeschäfte ("Schwarzmarkt") und Warenhortung.

Die Unternehmer bezahlten die Arbeitnehmer mit der fast wertlosen Reichsmark, horteten aber, in Erwartung einer Währungsreform, die produzierten Waren. Tatsächlich waren ja dann auch einen Tag nach der Einführung der D-Mark die Auslagen der Geschäfte voll. Unter dieser Situation mußten gerade diejenigen Bevölkerungskreise leiden, die einerseits als einzige Einnahmequelle ihren Lohn als Reichsmark ausbezahlt bekamen, andererseits aber nicht über Wertgegenstände verfügten, die sich als Tauschobjekte angeboten hätten.

In einer Resolution von Betriebsräten heißt es: "Mit Erbitterung müssen die Hauptträger des wirtschaftlichen Lebens zusehen, wie skrupellose Schieber und Spekulanten mit der Produktion eine gerechte Verteilung sabotieren." "Wir fordern den Handel aller Sparten auf: Gebt die gehortete Ware frei! Wir wollen nicht länger zusehen, wie Nutznießer einer 12-jährigen Vergangenheit gut leben, während die schaffenden Menschen hungern und in ihrer Kleidung verlumpen." ¹⁾ "Die Betriebsräte in der verarbeitenden Bekleidungsindustrie, insbesondere der Lebensmittelverteilung, des Groß- und Kleinhandels, alle Arbeitnehmer in den Behörden und Betrieben haben Einsicht in die Verteilerlisten zu nehmen. Den Betrieben, welche die Einsicht in diese Listen verweigern, verweigern wir die Arbeit." ²⁾

Die Gewerkschaften versuchten auch, Einfluß auf die Entscheidungen der kommunalen Behörden zu gewinnen. In einem Gespräch mit Betriebsräten und Behördenvertretern wird erklärt:

"Die organisierte Arbeiterschaft wünsche mehr als bisher in den Verteilungsapparat eingeschaltet zu werden, da ein Teil der Behörden versagt habe. Während sich Industrie und Handel in die Flucht der Sachwerte stürzen könnten, sei dies den arbeitenden Menschen nicht möglich." ³⁾

Im März 1947 kommt es zu einer Massendemonstration mit 20.000 Teilnehmern. An diesem Tag ruht auch die Arbeit in den Kasseler Betrieben. Von der hessischen Landesregierung wird die Bestrafung der Schieber und Schwarzhändler gefordert. ⁴⁾ Im Winter 1947 demonstrieren 40.000 Menschen und fordern die Einschaltung der Gewerkschaften in den Produktions- und Verteilungsprozeß. Die Forderungen sind im Einzelnen: "Kontrolle und gerechte Verteilung der Produktion, Erfassung aller unproduktiven Kräfte, Bekämpfung des Schwarzmarktes, gerechte Wohnraumverteilung." ⁵⁾

VIII. Die Betriebsrätewahlen vom November - Dezember 1945

Schon im Juli 1945 äußern Kasseler Gewerkschafter gegenüber der örtlichen Militärregierung den Wunsch, "... vor allem das Betriebsrätegesetz vom 4. 2. 1920 neben anderen Arbeiterschutzesetzen wieder in Kraft zu setzen". Sie weisen auch gleichzeitig darauf hin, daß eine wirksame Säuberung der Betriebe von Nazi-Elementen ohne die Mitarbeit der Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute nicht möglich sei. ¹⁾

Die ersten Wahlen zu Betriebsräten fanden in Kassel Ende Nov./ Anfang Dez. 1945 statt, nachdem am 18. Aug. 1945 die Militärregierung die Wahl von Betriebsräten erlaubt hatte. Im Sept. 1945 erklärten durch Bekanntmachung der Oberbürgermeister und Landrat: "Es ist den Arbeitnehmern gestattet, in geheimer Abstimmung Vertreter zu wählen, die sie beim Beheben von Mißständen mit dem Arbeitgeber vertreten." ²⁾

Zur Wahl eines Betriebsrates mußte für jeden Betrieb eine Genehmigung bei der örtlichen amerikanischen Militärregierung eingeholt werden. ³⁾ Ein nochmaliger Aufruf zu den Betriebsratswahlen des noch kommissarischen Gewerkschaftspräsidiums erscheint am 28. Nov. 1945 in den Hessischen Nachrichten. ⁴⁾ Bis Ende Nov. ist es dann in Kassel in 75 Betrieben zu Betriebsratswahlen gekommen. Insgesamt wurden dabei 344 Betriebsratsmitglieder gewählt. ⁵⁾ Ende Dez. 1945 waren dann im Kasseler Bezirk in 240 Betrieben Betriebsräte gewählt. ⁶⁾

Am 6. Dez. 1945 hielt der FDGB Kassel in einem Saal der Spinnfaser AG in Bettenhausen die erste Versammlung der neu gewählten Betriebsräte aus etwa 180 Betrieben ab. ⁷⁾ In einem Artikel zu dieser Veranstaltung schrieb der kommissarische Betriebsrat von Henschel im Hinblick auf die zukünftige Arbeit der Betriebsräte: "Es war der große Fehler von 1918, daß dem deutschen Volke eine politische Demokratie gegeben wurde, aber die Entwicklung der Wirtschaft auf demokratischer Grundlage wurde vollständig außer Acht gelassen." ⁸⁾

Der Beauftragte der amerikanischen Militärregierung erklärte auf dieser Veranstaltung, "... daß er in Amerika selbst der Gewerkschaftsbewegung angehört hätte ...", "er sei vom Hauptquartier damit beauftragt, die Gewerkschaften zu überwachen und im Falle von Verstößen diese zu ahnden." ⁹⁾ Diese Erklärung gibt einen Hinweis auf den Spielraum der Gewerkschaften gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht zu diesem Zeitpunkt.

Auch in Kassel waren sich die Gewerkschafter darüber einig, daß das Betriebsrätegesetz von 1920, gerade was die Mitbestimmungsrechte betraf, unzureichend war. "Als Interessenvertretung der Werktätigen müssen sie (die Betriebsräte d.V.) über alle geschäftlichen Dinge der Betriebe orientiert sein, da eine einseitige Wirtschaftslenkung das deutsche Volk innerhalb einer Generation in 2 furchtbare Kriege getrieben hat." "Die traurigen Lehren der Vergangenheit haben gezeigt, daß eine Demokratie wie ein hohler Glaskörper sein kann, den eine raubgierige Aktion zerschlägt, wenn sie als wirklicher Volksstaat nicht bis in den letzten Winkel wirtschaftlich und politisch mit wahrhaft demokratischen Prinzipien durchsetzt ist." ¹⁰⁾ Diese Erkenntnis fand dann auch in dem Bestreben ihren Ausdruck, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in einem neuen Gesetz mit zu verankern.

IX. Das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 22 und die Hessische Verfassung, Art. 37

Am 10. Apr. 1946 veröffentlichte der Alliierte Kontrollrat das Gesetz Nr. 22, das sog. "Betriebsrätegesetz". In Art. 1 wurde es den Arbeitern und Angestellten gestattet, zur Wahrnehmung ihrer "beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen" Betriebsräte zu wählen. Die Möglichkeit der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten wurde den Betriebsräten in diesem Gesetz versagt.

Dieses Gesetz stieß auf Kritik auch der Kasseler Gewerkschafter. Eine Befragung einer amerikanischen Besatzungsbehörde kam zu dem Ergebnis, daß insbesondere die Arbeiter eine ablehnende Haltung einnahmen.¹⁾ Es könne damit nicht gearbeitet werden, weil es nicht konkret genug sei. Alle Befragten befürworteten volles Stimmrecht der Betriebsräte in der Produktion, bei Preiskontrollen und Personalangelegenheiten.²⁾

Aufgrund einer Anordnung der amerikanischen Militärregierung endete am 15. Aug. 1946 die Amtszeit der nach der Erlaubnis des Vorjahres gewählten Betriebsräte. Die Neuwahl der Betriebsräte nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 fand in Kassel in der Zeit vom 11. - 17. Aug. statt. Vom FDGB Kassel ergeht folgender Aufruf, in dem es u.a. heißt: "... Arbeiter, Beamte, Angestellte, zeigt, daß Ihr von dem Geist der Demokratie durchdrungen seid, daß Ihr gegen Faschismus und Militarismus seid, daß Ihr mitbestimmen wollt in der Regelung Eurer Belange in den Betrieben und Verwaltungen ..." ³⁾ An anderer Stelle heißt es: "Kollegen, dieses Gesetz bildet den Auftakt zur Wirtschaftsdemokratie. Wirtschaftsdemokratie ist das klare Ziel, das wir uns setzen. Wenn auch der Einfluß an der Gestaltung dieser Wirtschaftsdemokratie heute noch gering ist, so ist es die Aufgabe des FDGB, Grundsätze und Richtlinien zu zeigen, diese Wirtschaft von Grund auf zu erneuern." ⁴⁾ Es wird deutlich, daß die Vorstellungen über den zukünftigen

Einfluß der Betriebsräte weit über das hinausgingen, was die Alliierten bereit waren, den Gewerkschaften zuzugestehen. Nach 12-jährigem Faschismus war es für die Gewerkschaften von größter Bedeutung, die Betriebsräte auf ihre zukünftige Arbeit durch Schulungen vorzubereiten. "In einer Zeit der Wirtschafts-anarchie ist nichts sinnloser, als Funktionäre in den Betrieben wirken zu lassen, denen jedes Verantwortungsgefühl für eine wirtschaftliche Entwicklung fehlt ..." "Die Betriebsräte müssen sich ihrer hohen Aufgabe bewußt sein, daß zur Verwirklichung der Wirtschafts-demokratie eine genaue Kenntnis der Betriebswissenschaft und der Wirtschaftsbedingungen elementare Voraussetzung ist." ⁵⁾

Am 6. Jan. 1946 eröffnete der FDGB dann auch seine erste Betriebsräteschulung in Bad Sooden-Allendorf. An diesem Lehrgang nahmen 300 Kollegen teil. Der damalige Bezirksleiter begrüßte die Versammelten: "Die Gewerkschaftsbewegung sei einer der Faktoren, denen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Zukunft große Aufgaben zufallen." ⁶⁾

Am 1. Dez. 1946 trat die Hessische Verfassung in Kraft. In Art. 37 hieß es u. a.: "Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in sozialen, personellen und betriebswirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitzubestimmen. Das Nähere regelt das Gesetz." ⁷⁾ Genauer Bestimmungen über die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte wurden also nicht mit aufgenommen.

Auf einer Großveranstaltung mit Betriebsräten ging Paul Pfetzing auf das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ein. Er forderte die Versammelten dazu auf, nicht auf die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen zu warten, sondern sie müßten schon jetzt auf alle Bereiche des Wirtschaftslebens Einfluß gewinnen und das Mitbestimmungsrecht mit Betriebsvereinbarungen durchsetzen. ⁸⁾

In der Zeit vom 15. Aug. bis 15. Sept. 1947 müssen die Betriebsräte neu gewählt werden, da nach dem Kontrollratsgesetz die Amtszeit für Betriebsräte nur 1 Jahr beträgt. In der "Stimme der Arbeit" stellt Paul Pfetzing 3 Forderungen für die zukünftige Arbeit der Betriebsräte in den Vordergrund: Das Mitbestimmungsrecht, die Planung der Arbeitszeit und die Lohnpolitik.⁹⁾ Er spricht sich gegen den Versuch aus, die Betriebsräte lediglich als Instrument zur Erringung höherer Wirtschaftlichkeit und Rentabilität zu benutzen. "Die Betriebsräte müssen vielmehr das Mitbestimmungsrecht dazu gebrauchen, um, beginnend von der untersten Stufe der Produktionszelle, alle Funktionen mit dem Geiste der Wirtschaftsdemokratie zu durchdringen."¹⁰⁾

X. Das Hessische Betriebsrätegesetz von 1948

Am 28. Mai 1948 wurde das Hessische Betriebsrätegesetz verabschiedet. In § 30, Punkt 1, hieß es: "Der Betriebsrat ist verantwortlicher Träger des Mitbestimmungsrechts gem. Art 37, Punkt 2, der Hessischen Verfassung. Er ist berufen, nach Maßgabe dieses Gesetzes im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit dem Arbeitgeber in sozialen, personalen und wirtschaftlichen Fragen mitzubestimmen."¹⁾

Das Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht suspendiert. Die Interessenkonstellation wird deutlich, als der Hessische Arbeitgeberverband sich an General Clay wendet und die Bitte ausspricht, auch das personelle und soziale Mitbestimmungsrecht aufzuheben. Die Gewerkschaft Metall antwortete: "Es mag an sich nicht verwunderlich erscheinen, daß mit der zum allgemeinen Verhängnis installierten "freien" Wirtschaft, deren Zügellosigkeit zur Katastrophe führen muß, nunmehr das Untermertum den Zeitpunkt als gekommen ansieht, auch auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts schrankenlose "Freiheit" zu fordern."²⁾

XI. Der Kampf um höhere Löhne und gegen die Teuerung von 1948

Die Währungsreform von 1948 brachte zwar die so dringend benötigten Waren in die Auslagen der Geschäfte, gleichzeitig verteuerten sich aber auch die Güter zunehmend.

Im Aug. 1948 führte der FGB Hessen eine landesweite Aktion durch. Neben Kassel kam es auch im Umland zu Protestdemonstrationen. Die Hauptforderungen waren:

- Durchführung des Betriebsrätegesetzes
- Bestrafung der Preiswucherer
- Unschädlichmachung aller Geld- und Warenhorter
- Abwendung aller Lohn- und Gehaltskürzungen 1)

Am 1. Okt. 1948 wurde der Lohnstopp aufgehoben. Noch im selben Monat kommt es zu einem Streik der Gewerkschaft Handel und verwandte Gewerbe in Hessen. Es wurde eine Lohnerhöhung von 15 % gefordert. Es war der erste Streik seit Kriegsende. In Kassel wurden auf allen Bahnhöfen und am Hafen Streikposten aufgestellt. Nach 4 Tagen Streik konnte ein Tarifvertrag in der geforderten Höhe abgeschlossen werden.

Am 7. Okt. konnte die Gewerkschaft Metall für Nordhessen ebenfalls einen Lohnvertrag abschließen. Der Vertrag galt nur für die Region Nordhessen und hatte eine Laufzeit von 3 Monaten.

XII. I n h a l t

| | | |
|-------|---|------|
| I. | Die Gründung des FDGB in Kassel | S. 1 |
| II. | Für eine zentrale Gewerkschaft oder autonome Einzelgewerkschaften | 5 |
| III. | Mitgliederentwicklung | 8 |
| IV. | Jugendarbeit | 9 |
| V. | Der Kampf um bessere Ernährung und Bekleidung | 10 |
| VI. | Der Solidaritätsfonds des FDGB | 13 |
| VII. | Der Kampf gegen Schwarzmarkt und Warenhortung | 14 |
| VIII. | Die Betriebsrätewahlen vom Nov.-Dez. 1945 | 16 |
| IX. | Das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 22 und die Hessische Verfassung, Art. 37 | 18 |
| X. | Das Hessische Betriebsrätegesetz von 1948 | 21 |
| XI. | Der Kampf um höhere Löhne und gegen die Teuerung von 1948 | 22 |
| XII. | Inhalt | 23 |
| XIII. | Quellen | 24 |
| XIV. | Anhang | 28 |

Q u e l l e n

Zu I.

- 1) Vergl. Brief an die amerikanische Militärregierung in Kassel vom 6. Juni 1945, DGB-Archiv Kassel
- 2) ebenda
- 3) Hessische Nachrichten 9. 9. 1955, Angaben des damaligen Vors. des DGB in Kassel
- 4) Vergl. ebenda
- 5) Brief an die amerikanische Militärregierung in Kassel vom 6. 6. 1945. Unterzeichner sind: Paul Pfetzing, Josef Fischer, Karl Kuba, Eduard Trabert und Ernst Ilgen
- 6) Hessische Post 19. 5. 1945. Die Zeitung wurde von der amerikanischen Armee herausgegeben.
- 7) Brief an die amerikanische Militärregierung in Kassel vom 6. 6. 1945, DGB-Archiv Kassel
- 8) Programm der neuen freien Gewerkschaften aus: Arthur Sittig, "Die Wiedergründung der SPD nach 1945 in Kassel". Wissenschaftl. Hausarbeit, Gießen 1970
- 9) Brief an die örtliche Militärregierung Kassel vom 23. 7. 1945, DGB-Archiv Kassel
- 10) Hessische Post vom 25. 10. 1945
- 11) Allied Expeditionary Force Military Government, Anhang D, vom 7. 11. 1945, DGB-Archiv Kassel
- 12) Rede von Paul Pfetzing auf der Gründungsfeier des FDGB am 9. 9. 1945, DGB-Archiv Kassel

Zu II.

- 1) Hessische Nachrichten vom 26.9.1945
- 2) ebenda
- 3) Hessische Nachrichten vom 1.12.1945
- 4) Hessische Nachrichten vom 2.2.1946, Art. von Karl Kuba
- 5) Hessische Nachrichten vom 9.2.1946, Art. von Paul Pfetzing
- 6) ebenda
- 7) Geschäftsbericht der Gewerkschaft Metall 1946, Archiv der IG Metall Kassel
- 8) Nach einem Gespräch mit Karl Kuba (Vors. des DGB-Seniorenrates Kassel)
- 9) Geschäftsbericht der Gewerkschaft Metall 1946, Archiv der IG Metall Kassel

Zu III.

- 1) Max Mayr, Bericht aus Kassel, Nov. 1945, DGB-Archiv Kassel
- 2) Military Government für Germany, Initial Report on Trade Unions, Hessisches Haupt- und Staatsarchiv Wiesbaden
- 3) DGB-Archiv Düsseldorf

Zu IV.

- 1) Vergl. "Stimme der Arbeit", Jahrg. 1, Nr. 7, S. 97, 16.12.1946
- 2) Vergl. Hessische Nachrichten, 7.7.1946
- 3) Hessische Nachrichten vom 25.1.1947

Zu V.

- 1) Hessische Nachrichten vom 28.11.1945
- 2) Resolution der Gruppe Holz im FDGB Kassel vom 27.5.1946, DGB-Archiv Kassel
- 3) Resolution des FDGB Kassel vom 14.6.1946, DGB-Archiv Kassel
- 4) ebenda
- 5) Hessische Nachrichten vom 26.11.1946
- 6) "Stimme der Arbeit", 1. Jahrg., Nr. 7, S. 97, vom 15.12.1946

Zu V.

- 7) Hessische Nachrichten, 5. 11. 1947
- 8) Vergl. Neue Zeitung, 6. 5. 1948
- 9) Vergl. Frankfurter Rundschau, 22. 5. 1948

Zu VI.

- 1) Hessische Nachrichten vom 17. 10. 1945
- 2) Max Mayr, Bericht aus Kassel, Dez. 1945, S. 2
- 3) Spendenlisten für das "Sozialwerk des FDGB Kassel", Dez. 1945 - Jan. 1946, DGB-Archiv Kassel

Zu VII.

- 1) Hessische Nachrichten vom 4. 3. 1947
- 2) Kasseler Zeitung, 3. 3. 1947
- 4) Vergl. Hessische Nachrichten vom 20. 3. 1947
- 3) Hessische Nachrichten vom 20. 11. 1947
- 5) Hessische Nachrichten vom 27. 11. 1947

Zu VIII.

- 1) Brief an die Provinzial-Militärregierung Kassel vom 23. 7. 1945, DGB-Archiv Kassel
- 2) Hessische Nachrichten vom 29. 9. 1945
- 3) Hessische Nachrichten vom 14. 11. 1945
- 4) Hessische Nachrichten vom 28. 11. 1945: "Achtung! Betriebsratswahlen! Im Laufe dieser Woche müssen in allen Betrieben Betriebsratswahlen durchgeführt werden."
- 5) Max Mayr, Bericht aus Kassel, Nov. 1945, S. 5
- 6) ebenda, Kassel, Dez. 1945, S. 2
- 7) Hessische Nachrichten vom 24. 12. 1945
- 8) ebenda
- 9) ebenda
- 10) Hessische Nachrichten vom 16. 1. 1946, Art. v. Karl Kuba

Zu IX.

- 1) O.M.G.U.S. Information Control Division, 9. 5. 1946, Staatsarchiv Wiesbaden, Übers. aus d. Engl.. Danach wurden u.a. in Kassel Pfetzing, Vorsitzender des FDGB, Fischer, Betriebsrat Henschel & Sohn, Wagner, Betriebs-Hessia, Wagner, Betriebsrat Jutespinnerei, befragt.
- 2) ebenda
- 3) Hessische Nachrichten vom 30. 7. 1946, Art. von Paul Pfetzing
- 4) Hessische Nachrichten vom 8. 8. 1946, Art. v. P. Pfetzing
- 5) Hessische Nachrichten vom 15. 8. 1946, Art. v. Paul Pfetzing
- 6) Kasseler Zeitung vom 8. 1. 1947
- 7) Vergl. das Hess. Betriebsrätegesetz, Offenbach 1948, S. 12
- 8) Vergl. Kasseler Zeitung vom 3. 3. 1947
- 9) Vergl. "Stimme der Arbeit", Nr. 17, 2. Jahrg., S. 1
- 10) ebenda

Zu X.

- 1) Vergl. das Hess. Betriebsrätegesetz, Offenbach 1948, S. 83
- 2) Hessische Nachrichten vom 4. 11. 1948, Art. v. Oskar Stephan

Zu XI.

- 1) Hessische Nachrichten vom 4. 8. 1948
- 2) Vergl. Hessische Nachrichten vom 9. 10. 1948

ANHANG "D"

XIV. A n h a n g:

1. Genehmigung zur Gründung des FDGB Kassel
2. Gründungsversammlung des FDGB Kassel
3. Programm des FDGB
4. Einheitsgewerkschaft
5. Entwurf zur Organisationsstruktur des FDGB
6. Aufruf zur Mitgliedschaft
7. Mitgliederausweis
8. Aufruf zu den Betriebsratswahlen nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 22
9. Forderungen zur Verbesserung der Ernährungssituation
10. Demonstration zur Verbesserung der Ernährungssituation März 1947
11. Demonstration zur Verbesserung der Ernährungssituation November 1947
12. Demonstration gegen die Teuerung August 1948
13. Streik im Transportgewerbe Oktober 1948

1. Hiermit wird die Genehmigung für die Bildung der folgenden Gewerkschaft erteilt:

"Freier Deutscher Gewerkschaftsbund"

2. Der örtliche Wirkungskreis der oben genannten Gewerkschaft wird bis auf weiteres wie folgt begrenzt:

Kreis K A S S E L.

3. Die Erlaubnis für die Bildung und Tätigkeit der obengenannten Gewerkschaft wird unter den folgenden Bedingungen erteilt:

- a. Ehemalige Beamte der DAF, frühere Mitglieder der NSDAP oder Anhänger des Nationalsozialismus oder Militäristen dürfen keinerlei Amt oder Vertrauensstelle in der Gewerkschaft innehaben.
- b. Diese Erlaubnis schließt nicht aus, daß andere Gewerkschaften Arbeitnehmer der gleichen Fabrik, Industrie oder desselben Handwerks als Mitglieder aufnehmen können, in denen die obengenannte Gewerkschaft Mitglieder hat.
- c. Die Gewerkschaft muß in ihren Statuten eine demokratische Wahl für ihre Funktionäre in regelmäßigen Zeitabständen vorsehen und muß jederzeit nach anerkannten, demokratischen Grundsätzen handeln. Sechs Abschriften der Statuten müssen der Militärregierung übergeben werden, wenn sie von den Mitgliedern genehmigt worden sind.
- d. Sechs Abschriften einer Liste mit Namen und Anschriften aller gewählten Funktionäre müssen beider Militärregierung hinterlegt werden. Jede Änderung in der Zusammensetzung der Funktionäre oder Anschriftsänderungen müssen der Militärregierung sofort bekanntgegeben werden. Jeder Funktionär muß einen Fragebogen ausfüllen.
- e. Aufzeichnungen über Mitgliedslisten, Sitzungs-, Verammlungs- und sonstige Verfahrensprotokolle und über die Buchführung müssen der Einsicht durch die Militärregierung zugänglich sein.
- f. Zwangsweise Mitgliedschaft ist verboten.
- g. Löhne und die Anzahl der Arbeitsstunden können gegenwärtig nicht Gegenstand von Kollektivverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmer sein.
- h. Die Gewerkschaft darf keine Tätigkeit entfalten, die im Widerspruch zu den Zielen der Militärregierung steht.

4. Jede Verletzung irgendeiner der vorstehenden Bestimmungen hat die Absetzung des verantwortlichen Funktionärs oder Mitglieds und nötigenfalls die Auflösung der Organisation zur Folge.

IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG
MILITARY GOVERNMENT
OFFICE

DATUM: 7. November 1945.

[Signature]
 .. Signature: *[Signature]*
 Name: G. Mc. MANMON
 1st Lt. USA

- 2 -
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Rassel

Feierstunde

im großen Saale der Spinnfaserwerke
Rassel ~ Bettenhausen

Sonntag, den 9. September 1945
10 Uhr vorm.

anlässlich der

Gründung des Gewerkschaftsbundes

mit Genehmigung der amerikanischen Militärregierung

Mitwirkende:

Orchester des Staatstheaters
Leitung Kapellmeister Richard Kolz

Sängergruppe des Gewerkschaftsbundes
Sopranist: Frau Emmi von Stösch

Künstlerische Leitung:
Chormeister Karl Streipert

Rezitation:
Kans-Karl Müller, Oberspielleiter
des Staatstheaters

1. *Overture "Egmont"*

2. *Opening ~ words ~ speech*

3. *Festival ~ cantata by W. A. Mozart*
(Orchestra, Chorus, Soli)

4. *Recitation*

"Men shall be noble"
W. von Goethe

Prometheus

"Words of the faith"
Fr. von Schiller

5. *Music*

L. v. Beethoven

1. *Overture "Egmont" L. v. Beethoven*

2. *Eröffnungsworte ~ Ansprachen*

3. *Festkantate von W. A. Mozart*
(Orchester, Chor, Soli)

4. *Rezitation*

"Edel sei der Mensch"
W. von Goethe

"Prometheus"

"Worte des Glaubens"
Fr. von Schiller

5. *Musik 1. Satz 5. Sinfonie*

L. v. Beethoven

Ein antifaschistisches Bollwerk

Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses Kassel

KASSEL, 25. September

Die amerikanische Militärregierung hat den vorbereitenden Aufbau der Gewerkschaften genehmigt. Der deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte darf sich wieder auf freier demokratischer Grundlage organisieren.

Nun gilt es, die Schäden zu beseitigen, die Wunden zu heilen und die Trümmer fortzuräumen, um auf ihnen ein neues antifaschistisches Deutschland aufzubauen. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Hitler kam zu ungehemmter Macht und konnte sein Zerstörungswerk an Deutschland und Europa beginnen. Als Gewerkschaftler übernehmen wir die schwere Verantwortung, überall dort, wo der Krieg seine schrecklichen Spuren hinterließ, an der Spitze des Aufbaues zu stehen. Nicht mehr im Betrieb allein, sondern überall, wo Not und Elend auftreten, ist in Zukunft der Platz des Gewerkschaftlers. Unsere Ziele finden ihren Ausdruck in folgenden 12 Punkten:

1. Mithilfe der Verständigung der Völker untereinander in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt
2. Aufklärung in Wort und Schrift über Völkerverständigung

3. Kampf gegen Militarismus und Faschismus
4. Mithilfe bei der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung
5. Vereinigungsfreiheit
6. Vertretung der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens
7. Wiedereinführung des Arbeitsrechts, wie es vor 1933 bestand
8. Wiedereinführung des 8-Stunden-Tages
9. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland es gestatten, die

Einführung der 40-Stunden-Woche gemäß den Beschlüssen des Londoner Gewerkschaftskongresses vom Februar 1945

10. Der 1. Mai ist zum gesetzlichen Feiertag zu erklären
11. Wiedereinsetzung aller Zweige der sozialen Versicherung
12. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts.

In Ehrfurcht und Achtung wollen wir jener Kollegen gedenken, die in Deutschlands schwärzester Nacht das Banner der Freiheit an sich gerissen und einen zähen und mutigen Kampf gegen den

Hess. Nachrichten
26.9.1945

Hitler-Barbarismus führten. Zum Teil haben sie dieses Streben mit dem Tode bezahlt oder eine vertierte SS hat sie unmenschlich in Konzentrationslagern gequält und gefoltert.

Die neuen Freien Gewerkschaften sollen in der Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten werden. Ihre Aufgabe ist es vor allem, mitzuheilen bei der Neugeburt unseres Volkes und der Heilung der Wunden, die der unselige Hitler-Krieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der Deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker.

Beweisen wir der Welt, daß die geeinte Arbeiterschaft, durch die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Traditionen bewußt, gewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk zu schaffen; daß sie entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für die Schaffung eines demokratischen Deutschland, für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern.

Die Einheitsgewerkschaft

Die schaffenden deutschen Menschen haben aus der Niederlage von 1933 und aus dem furchtbaren Krieg, den Hitler über Deutschland brachte, den Schluß gezogen, den es in diesem Falle zu ziehen gilt. Sie bauen eine Einheitsgewerkschaft aller Werktätigen auf. Die Lektion, die das schreckliche Drama, das vor unseren Augen abrollte, dem Volke erteilte, war für den Einzelnen und für das Volk aufrüttelnd, so einschneidend, daß das Gesetz der Notwendigkeit auf den Menschen getreten ist, das uns zwingt, uns zusammenscharen und einen Rahmen zu schaffen.

In dem einmal alle aufbauwilligen Kräfte und zum andern alle jene zusammengefaßt sind, die in Zukunft einen Kampf führen wollen gegen die kriegstreibenden Elemente innerhalb des deutschen Volkes.

Die Vergangenheit ist der Lehrmeister der Zukunft, und ihre Fehler dürfen unter gar keinen Umständen den steinigten Weg, den die Kräfte des Fortschrittes gehen, noch schwieriger gestalten.

Selbstkritisch sehen die deutschen Gewerkschaftler ein, daß ihre organisatorische Zerrissenheit mitschuldig daran war, weshalb der Faschismus im Jahre 1933 an die Macht gelangen konnte. Daß als neben den alten Gewerkschaften eine gelbe, rote und politische Gewerkschaft, in denen sich etwa 67 Berufsverbände zusammengefaßt waren. Es ist vollkommen klar, daß bei einem derartigen Nebeneinanderstreben so vieler Organisationen kein einheitlicher Kampfblock zustande kommen konnte, zumal bestimmte Verbände, die im Schatten der Reaktion aufgewachsen waren, von die-

ser dazu benutzt wurden, dem ehrlichen Kampf aufstrebender Arbeitnehmerorganisationen einen Wall entgegenzusetzen. Wir brauchen nicht daran zu zweifeln, daß die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1933 von langer Hand vorbereitet war, und hierzu ist noch zu sagen, daß nicht nur Hitler allein mit seinen Trabanten an diesem Akt interessiert war, sondern auch jene Kräfte wirkten hierbei mit, die mit ihrem widerlichen Gekläff schon seit Bestehen der Gewerkschaften immer wieder über die kämpfenden Arbeiter herfielen.

In den neuen Gewerkschaften werden nicht mehr all die vielen Berufsverbände vertreten sein, da man hierdurch in die frühere Schwerfälligkeit zurückgleiten würde. Die neuen Organisationen passen sich aus Gründen der Einheitlichkeit dem gegenwärtigen Entwicklungsgrad der einzelnen Industrien an, und zwar in dem Sinne, daß sie sich Industriegruppenweise aufbauen. Es werden daher nur 15—16 große Verbände zustande kommen, worin allerdings auch eine Organisation für Angestellte, Aerzte, Künstler und freie Berufe eingeschlossen ist.

Jene Wegelagerer, die 1933 die deutschen Gewerkschaften überfielen, hatten wohl nicht daran geglaubt, daß sich diese jemals wieder von diesem Schläge erholen würden.

Hitler ist nicht mehr, aber die deutschen Gewerkschaften sind aus der Nacht des Unrechts und der Unterdrückung mit neuen Erkenntnissen herausgetreten.

Auf den Trümmern und Traditionen des Alten baut sich Neues, die Einheit auf, die alle werktätigen Menschen, ganz gleich welcher politischen Anschauung, zusammenfaßt. In dieser Ein-

heit liegt in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung die Kraft unseres Volkes, um allen Aufgaben des Aufbaues gerecht zu werden, zumal der Einheitsgedanke immer neue Kräfte in die Organisation einführen wird.

Als nach der Niederlage der deutschen Arbeiterschaft durch den Faschismus in Frankreich sich die Freien Gewerkschaften, die 800 000 Mitglieder zählten, mit den roten Gewerkschaften, die einen Mitgliederstand von 200 000 hatten, zusammaten, hätte man glauben können, daß hierdurch 1 000 000 Arbeitnehmer in einer einheitlichen Organisation aufgenommen waren. Aber die nächsten Monate bewiesen dann, daß diese Rechnung nicht stimmte. Binnen kurzem wuchs die französische Einheitsgewerkschaft auf einen Stand von etwa 5 Millionen Mitglieder an, da die Schaffenden eingeschauen hatten, daß durch eine derartige Organisation, die einheitliche Ziele besaß, die Interessen der Arbeitnehmer mit dem notwendigen Nachdruck vertreten werden konnten.

Auch die deutsche Einheitsgewerkschaft wird aus dem gleichen Beweggründen ein Kraftquell. Immer neue Mitglieder werden ihr zufließen, da endlich die Einheit aller Werktätigen Wirklichkeit geworden ist.

Für die Zukunft gilt es, diese Einheit wie den eigenen Augapfel zu hüten, da in ihr der Schlüssel zu wahrhaft demokratischen Lebensverhältnissen liegt.

Karl Kuba

Hess. Nachrichten
2.2.1946

Hess. Nachrichten
25.8.1945

KASSEL, 24. August.

Einen weiteren Schritt zur Selbstverwaltung stellt die Bildung des „Freien deutschen Gewerkschaftsbundes Kassel“ dar, der am 8. August von der Militärregierung genehmigt wurde. Damit ist auch der Kasseler Arbeiterschaft nach zwölfjähriger Naziherrschaft das Recht zur selbständigen Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen zuerkannt worden, die während des Dritten Reiches zu einer Angelegenheit der Reglementierung und Anordnung durch den Arbeitern gegenüber unverantwortliche DAF-Beamte degradiert worden waren. Nunmehr haben auch die Kasseler Arbeiter wieder ihre Rechte als freie und verantwortungsbewußte Staatsbürger. Für die Tätigkeit des „Freien Gewerkschaftsbundes“ dienen die bekannten programmatischen Punkte von Aachen.

Die Mitgliedschaft

Mitglied des Gewerkschaftsbundes kann jeder in Kassel beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte männlichen und weiblichen Geschlechts gleich welcher Nation, Rasse und Konfession werden. Damit ist die Einheitlichkeit der Kasseler Gewerkschaftsbewegung auf breiter Basis gewähr-

leistet. Ein Gewerkschaftsausschuß wurde gebildet, der von fünf altbewährten antifaschistischen Gewerkschaftlern geleitet wird.

Folgende Gewerkschaftssparten sind gebildet: Eisenbahner, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter, Graphisches Gewerbe, Bekleidungsarbeiter, Land- und Forstarbeiter, andere Gruppen wie z. B. Banken, Post und öffentliche Betriebe sind in der Bildung begriffen.

Kundgebung

In den Betrieben zirkulieren Einzeichnungslisten, in die sich jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte eintragen kann. Eine aus den Belegschaften auf demokratischer Grundlage hervorgegangene Funktionärversammlung im Gildehaus, dem Sitz der Kasseler Gewerkschaften, nahm den Bericht über die Konstituierung entgegen und billigte die vorgeschlagenen Maßnahmen für ein neues gesundes Gewerkschaftsleben.

In Kürze wird eine würdige Feierstunde abgehalten werden, um die Wiederbelebung der freien Gewerkschaftsbewegung in der alten gewerkschaftlichen Hochburg Kassel öffentlich zu dokumentieren.

Mitglied kann jede Person männlichen und weiblichen Geschlechtes werden, sofern sie das 17. Lebensjahr vollendet hat und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist; gleich weicher Nation, Klasse, Religion und förmlichen Zugehörigkeit, Nationalitätslisten können Mitglieder werden, jedoch kein Amt bekleiden.

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
KASSE

Mitgliedskarte № 44058

Name: 

geb.: Geburtsort: Altmühl

Wohnung: Altmühl

Beruf: Kfz. Handwerker - ehrling

eingetrag.: 1.11.46

Gruppe: Metall

Motorwagenhandelsgesellschaft

Freigelegte Unterschrift

Aus dem Gewerkschaftsleben

Betriebsrätewahlen in Kassel

Nach einer unter dem 9. Juli 1946 ergangenen Anordnung der Militärregierung von Hessen endigt mit dem 15. Augus. die Amtszeit für die Arbeitnehmervertreter, die auf Grund der Bestimmungen vom August 1945 gewählt wurden. Die Neuwahl der Arbeitnehmervertreter (Betriebsräte) hat nach den entsprechenden Bestimmungen des vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetz Nr. 22 (Betriebsrätegesetz) vom 10. April 1946 zu erfolgen. Der Erste Deutsche Gewerkschaftsbund gibt nachstehend die wichtigsten Richtlinien bekannt:

1. Von den Arbeitnehmern eines jeden Betriebes ist ein Ausschuß zu bilden.
2. Der Ausschuß hat den Zweck, Vorschläge über den Aufbau und die Zusammensetzung der Arbeitnehmervertretung sowie über die Durchführung der Wahl von Arbeitnehmervertretern zu machen.
3. Diese Vorschläge bedürfen der Zustimmung der Arbeitnehmer des Betriebes und haben Gültigkeit, wenn sie von ihnen durch Mehrheitsbeschluß angenommen werden.
4. Die Gewerkschaft kann an der Bildung des vorbereitenden Ausschusses sowie an der Organisation der Wahl der Arbeitnehmervertretung teilnehmen und Kandidaten aufstellen.

Aufbau der Arbeitnehmervertretung.

Die Zahl der Mitglieder der Arbeitnehmervertretung richtet sich nach der Zahl der in einem Betrieb, einem Geschäft oder einer Verwaltung tätigen männlichen und weiblichen Arbeiter, Angestellten und Beamten und besteht aus: 1 Mitglied bis zu 20 Arbeitnehmern, 3 Mitgliedern bei 21 bis 50 Arbeitnehmern, 5 Mitgliedern bei 51 bis 100 Arbeitnehmern, 7 Mitgliedern bei 101 bis 250 Arbeitnehmern, 9 Mitgliedern bei 251 bis 500 Arbeitnehmern. Die Zahl der Mitglieder erhöht sich um je ein Mitglied in Betrieben von 501 bis 2000 Arbeitnehmern für je weitere 300 Arbeitnehmer, 2001 bis 5000 Arbeitnehmern für je weitere 600 Arbeitnehmer, 5001 und mehr Arbeitnehmern für je weitere 1000 Arbeitnehmer. Die Höchstzahl beträgt 30 Arbeitnehmervertreter. Die Arbeitnehmer-

vertreter werden in gemeinsamer, unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt. Die, welche die meisten Stimmen erhalten, sind Mitglieder der Arbeitnehmervertretung. Die anderen sind nach der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen Ersatzmitglieder. Arbeiter, Beamte, Angestellte und Frauen sollen dabei im Verhältnis zur Zahl berücksichtigt werden. Die Arbeitnehmervertretung wird für die Dauer eines Jahres gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Steigt die Zahl der Arbeitnehmer auf mehr als das Doppelte, so kann die Arbeitnehmervertretung neu gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Betriebsangehörigen, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, wählbar die gleichen Personen, die mindestens 24 Jahre alt sind und als Mitglied der Gewerkschaft angehören. Nicht wählbar sind ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihren Gliederungen, sowie Funktionäre der DAF und Aktivisten, auch wenn diese keine Mitglieder der NSDAP waren.

Weder wahlberechtigt noch wählbar sind die Vorstandsmitglieder und gesetzlichen Vertreter von juristischen Personen und von Personengesellschaften des öffentlichen und privaten Rechtes, ferner die Geschäftsführer und Betriebsleiter, soweit sie zur selbständigen Einstellung oder Entlassung der übrigen im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer berechtigt sind, sowie Familienangehörige des Unternehmers. Der Ausschuß leitet die Durchführung der Wahl, zu der eine Liste aller Wahlberechtigten aufzustellen ist. Vorhandene Listen können benutzt werden. Die Wahlvorschläge müssen, je nach der Größe des Betriebes, von mindestens 3 bis 20 wahlberechtigten Arbeitnehmern unterzeichnet sein. Ebenso kann die Gewerkschaft Kandidaten vorschlagen. Die vorgeschlagenen Kandidaten sind in einer Liste auszuliegen. Der Ausschuß hat alle ihm zugegangenen Vorschläge von Kandidaten auf einem Stimmzettel aufzustellen. Der Stimmzettel soll mindestens die doppelte Zahl an Namen enthalten, als Arbeitnehmervertreter zu wählen sind. Niemand, der als Kandidat zur Wahl vorgeschlagen ist, soll, auch wenn er Ausschußmitglied ist, bei der Verteilung oder der Auszählung der Stimmzettel mitwirken. Die Wahl erfolgt mit einem Stimmzettel in einem Wahlumschlag und zwar in geheimer Wahl, wie bei allen anderen Wahlen auch.

Es gelten die Kandidaten als gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Kollegen, dieses Gesetz bildet den Auftakt zur Wirtschaftsdemokratie. Wirtschaftsdemokratie ist das klare Ziel, das wir uns setzen. Wenn auch der Einfluß an der Gestaltung dieser Wirtschaftsdemokratie heute noch gering ist, so ist es Aufgabe des FDGB, Grundsätze und Richtlinien zu zeigen, diese Wirtschaft von Grund auf zu erneuern. Es geht um Sein oder Nichtsein des deutschen schaffenden Menschen, der deutschen Einheit und seiner Wirtschaft. Nur mit einem klaren Ziel auf dem Boden einer vernünftigen Arbeitsmoral kann der wirtschaftliche Aufbau in Angriff genommen werden. Die Betriebsrätewahlen sind die erste Etappe auf diesem Gebiete. Das Betriebsrätegesetz müssen wir mit einem neuen Geist ausfüllen. Es darf nicht nur einen formellen Charakter tragen. Die Wahl der Kandidaten setzt voraus, daß diese das geistige Rückzeug in sich haben. Bei der Aufstellung der Kandidaten übernehmen die Menschen in den Betrieben eine hohe Verantwortung. Darum müssen in allen Betrieben nicht nur Arbeiter, auch der Ingenieur, Kaufmann, Werkmeister mit in die verantwortende Aufgabe eingeschaltet werden. Wir müssen uns bewußt sein, daß die technischen, kaufmännischen und praktischen Kräfte die Aufgaben nur gemeinsam lösen können. Eine neue Epoche ist angebrochen! Eine Epoche der Solidarität zwischen Hand- und Kopfarbeiter! Und diese Solidarität muß bei den Wahlen wahrhaftige Formen annehmen. Richtlinien in ausführlicher Zusammenstellung können im Gildehaus abgeholt werden. Wir bitten die Betriebe, dies so bald als möglich zu tun.

Paul Pfetzling.

Hess. Nachrichten
2.8.1946

Stop der Not / Forderungen der Kasseler Gewerkschaften

Die am Freitagnachmittag in der Henschelhalle in Kassel tagenden Betriebsräte und Vertrauensleute der Kasseler Industrie, des Handwerks, Handels und der Behörden beschlossen nach Ausführungen des Vorsitzenden des FGB, Paul Pfetzing, Kassel, und nach lebhafter Aussprache eine Resolution, in der zunächst auf die unzureichende Kartoffelversorgung verwiesen wird.

Die bis jetzt eingekellerten Kartoffeln müßten bei einem täglichen Verbrauch von nur zwei Pfund bis Mitte Dezember aufgebraucht sein. Es wird die Frage aufgeworfen, wann und in welchem Zustand dann Kartoffeln verteilt werden sollen. Kartoffelmieten können bei Frost nicht geöffnet werden. Die in unzureichenden Kellern lagernden Kartoffeln seien der Fäulnis ausgesetzt. Fachmänner berechnen den Schwund durch Fäulnis schon im ersten Monat auf 10 Prozent. Die amtlichen Stellen werden gefragt, ob ihnen nicht bekannt sei, daß

die Landwirte auf Abholung der Kartoffeln schon warteten.

Ob den Kartoffelbewirtschaftungsstellen nicht bewußt werde, daß durch die bisherige Lenkung die Tore zum Schwarzen Markt geöffnet würden. Für den absinkenden Zustand trügen die verantwortlichen Stellen volle Verantwortung. Die Arbeiterschaft sei nicht gewillt, länger zuzusehen, wie unschuldige Frauen und Kinder, und die Arbeitskraft der Männer zugrunde gingen. Die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Korruptionsfälle und die Unterminierung der Wirtschaftsdemokratie durch Schwarzhandel und unzulässige Kompensationsge-

schäfte fielen zu Lasten der Kontrollstellen und ihrer führenden Persönlichkeiten, zu denen die Arbeiterschaft kein Vertrauen mehr haben könne. Das Diktat des Direktors des Amtes für Ernährung- und Landwirtschaft und des Präsidenten des Landesernährungsamtes in der Lebensmittelverteilung sei nicht mehr tragbar.

Zur Schuh- und Kleiderversorgung stelle die Versammlung die Frage, wo bleibt die Preiskontrolle? Der Lohnstop sei von den Arbeitern hingenommen worden, dafür sei dem Preisausweg jedoch Tür und Tor geöffnet ohne jegliche Kontrolle. Die Verteilung der Mangelware stehe nicht im Verhältnis zu den vorhandenen Mengen. Auch auf dem Gebiet der Wohnraumverteilung müßte die verantwortliche Einschaltung der Gewerkschaften durchgeführt werden.

Zum Schluß stellen die Funktionäre

im Namen von 45.000 organisierten Arbeitern, Beamten und Angestellten folgende Forderungen

auf:

1. Die Regierung fordert die maßgebenden Stellen auf, den zweiten Zentner Kartoffeln so schnell wie möglich zur Verteilung zu bringen. Die Kasseler Gewerkschaften sind bereit, auf den Ortschaften für den Abtransport der Kartoffeln mit Sorge zu tragen.

2. Die in den Betrieben erzeugte Produktion wird unter schärfster Kontrolle gestellt und der Abgang der Ware ebenfalls kontrolliert.

3. Jeder Antrag auf Ausstellung eines Bezugsscheines für Bekleidungs- und sonstige Bedarfsgegenstände an Betriebsangehörige und deren Familien bedarf der Befürwortung der Betriebsleitung und der Betriebs-

räte. Damit muß erreicht werden, daß die, die nicht produktiv tätig sein wollen, von der Verteilung ausgeschlossen werden. Die Betriebsleiter und Betriebsräte haften für genaue Prüfung der Anträge.

4. In der Wohnraumverteilung wird gefordert, daß in erster Linie die wirklich schaffende Bevölkerung berücksichtigt wird. Die Betriebe haben gemeinsam, Betriebsräte und Unternehmer, Listen aufzustellen, in denen je ein Arbeiter, Angestellter und Beamte benannt werden, die am weitesten von ihrer Arbeitsstelle entfernt wohnen. Denn die weiten Fahrtkosten belasten persönlich den einzelnen und wirken sich hemmend im produktiven Sinne aus.

Zur Durchsetzung dieser Forderung hat das Wohnungsamt vor jeder Zuweisung die beim FGB, gebildete Wohnungskammer zu hören.

5. Die Gewerkschaften bestellen aus den Reihen ihrer Mitglieder Kommissionen, die amtlich befugt werden, mit den Kontrollorganen des Staates sowohl in der gewerblichen Wirtschaft als auch in Industrie, Handel und der Landwirtschaft die vorhandenen Bestände und Vorräte aufzunehmen, um endlich eine Übersicht über die zu verteilenden Güter zu bekommen.

Zur Besprechung über diese Forderungen werden die verantwortlichen Regierungsstellen, der Regierungspräsident, der Oberbürgermeister, der Landrat, die Industrie und Handelskammer, sowie die Landwirtschaftskammer zu einer Sitzung am Dienstagvormittag im Rathaus der Stadt Kassel eingeladen. H.N.

Hess. Nachrichten
5.11.1947

Fort mit Schlange-Schönungen

Eine Forderung der Kasseler Betriebsräte

4. Einen Massenbesuch wies die am Freitagnachmittag in der Henschelhalle abgehaltene Betriebsraterversammlung des FGB auf. Mehr Winterbrand, mehr Kleidung und Schuhe, gerechte Verteilung des Wohnraumes, sofortige Abgabe von Butter oder Fett, sofortige Lieferung des zweiten Zentners Kartoffeln an die Bevölkerung - diese Forderungen ergaben sich aus einer lebhaften Diskussion, der ein Referat des FGB-Vorsitzenden Paul Pfetzing über die gegenwartsnot vorausging. Pfetzing betonte, daß der Zustand in der Ernährung des Tiefpunkt des Elends erreicht habe. Es sei Aufgabe der Gewerkschaft, die verantwort-

Individuen mißbraucht werde. Im Kampfe gegen die Korruption müsse die Gewerkschaft ein Kontrollorgan für die gesamte wirtschaftliche Produktion sein. „Wir samt wirtschaftliche Produktion sind der Experimente in der Bewirtschaftung“, erklärte der Redner. Die Gewerkschaften werden in der Durchsetzung ihrer Forderungen keine Konzessionen machen. Die Betriebsfunktionäre vertreten über 45.000 Mitglieder der Kasseler Gewerkschaftsbewegung. Intensive Arbeit müßten die Betriebsräte leisten und Nichtstuer und Faulenzer melden, denn es sei spürbar, daß durch das Arbeitsverpflichtungsgesetz der produktiv Tätige getroffen werde und nicht derjenige, der sich vor der Arbeit drücke. Wenn der Kasseler Polizeipräsident nicht in der Lage sei, den Schwarzmarkt abzustellen, dann müßten die Betriebsräte an den Schwarzmarktschattten aufmarschieren und Abhilfe schaffen, erklärte Paul Pfetzing.

lichen amtlichen Stellen auf die ernste Situation, die mancherlei Gefahren in sich birge, nachhaltig hinzuweisen. Unter dem Hinweis auf die Demontage führte der Redner u. a. aus, daß man eine Demokratie nur aufbauen könne, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben seien. Schwärzen Protest müßten die Gewerkschaften gegen die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen einleiten, dies sei moderne Sklaverei.

In seinen weiteren Ausführungen forderte Pfetzing die Solidarität der produktiv Schaffenden deren Arbeitskraft durch korrupte

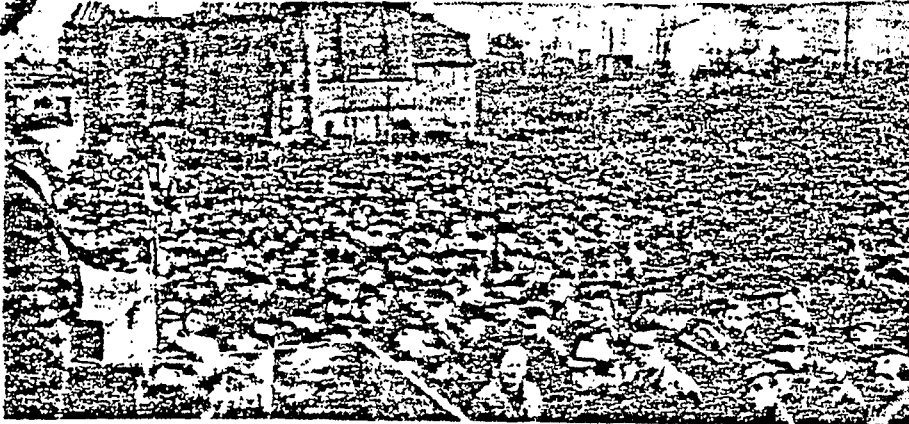
Mehr als zehn Redner zeigten in einer lebhaften Diskussion die Sorgen des schaffenden Menschen auf. Angesichts der Ernährungsschwierigkeiten wurde mehrfach die Forderung „Fort mit Schlange-Schönungen“ unterstrichen. Eine von Paul Pfetzing verlesene Gewerkschaftsresolution fand einstimmige Billigung und Annahme: Ihren Inhalt geben wir an anderer Stelle der Zeitung wieder.

Als Pfetzing einige Ausführungen über die Gewerkschaften der Ostzone anschloß, wurden seine Darlegungen mehrfach durch beiführende und vernehmende Zurufe unterbrochen. Mit der Erklärung, daß die Gewerkschaften in ihren Forderungen nicht nachlassen und in parteipolitischen Neutralität die gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen werden, beendete Pfetzing sein Schlußwort.

Hess. Nachrichten
5.11.1947



20 000 Kasseler Gewerkschafter demonstrieren



Kassel erlebte am Mittwochnachmittag eine seiner größten gewerkschaftlichen Demonstrationen, die sich gegen die Teuerung, die unzureichende Ernährung, den Schwarzmarkt, für den Wirtschaftsaufbau und für einen gerechten Frieden aussprach. Rund 20 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte aller Betriebe waren dem Ruf des „Freien Gewerkschaftsbundes“ gefolgt. Unser Bild gibt einen Teilausschnitt aus der Kundgebung wieder.

Aufnahme: Tölcher, H.N.

Folgende Resolutionen wurden von den Massen angenommen:

An die hessische Regierung

Die am 19. März 1947 versammelten im Freien Gewerkschaftsbund, Bezirks-Ausschuß Kassel, vereinigten Arbeiter, Angestellten und Beamten erwarten vom allen zuständigen Verwaltungs- und Regierungsstellen schärfste Maßnahmen gegen die Saboteure der Lebensexistenz des Deutschen Volkes.

Schieber, Schleich- und Schwarzhändler erschweren den Existenzkampf und verhindern gerechte Verteilung. Die allgemeinen Volksinteressen werden mißachtet.

Arbeitscheue und Drückeberger sind am Wiederaufbau zu beteiligen.

Unterstützungsempfänger sind nach dem Grad ihrer Arbeitsfähigkeit zur Gegenleistung für die Allgemeinheit heranzuziehen.

Schärfste Strafen haben alle die zu erwarten, die die Not der Gesamtheit ausnutzen. Die Gewerkschaften werden die

Regierung nach besten Kräften dabei unterstützen.

Die Betriebsräte werden vom ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch machen.

An die Militärregierung

Die Massendemonstration der im Freien Gewerkschaftsbund, Bezirks-Ausschuß Kassel, organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ersuchen die Militärregierung und den Internationalen Gewerkschaftsbund, die folgende Entschließung der Außenministerkonferenz in Moskau zuzuleiten:

Das deutsche Volk ist sich der Verpflichtung bewußt, die Schäden wieder gut zu machen, die durch Nationalsozialismus und Militarismus den Völkern zugefügt sind.

Die Lebensgrundlagen dem deutschen Volke einzuräumen ist dringende Voraussetzung.

Notwendig ist die Einstellung bzw. Einschränkung der Demontagen, einheitliche Wirtschaftsgestaltung und Aufhebung der Zonenschranken, Erhöhung der Industriekapazität, ausreichende Kohlen- und Stahlzuteilung, baldige Freigabe der Kriegskriegsgefangenen

Dankbar erkennen die Versammelten die bisher geleistete Hilfe des Auslandes an. Grundlegende Aenderung ist notwendig und muß durch Gegenleistung Abgeltung finden.

Mögen die alliierten Vertreter in Moskau der deutschen Bevölkerung eine gerechte Behandlung sichern und eine Lebensgrundlage schaffen, auf der die Befriedung der übrigen Völker erfolgen kann. Ein gesundes Deutschland ist Voraussetzung für ein gesundes Europa.

Einen dauerhaften Frieden zu schaffen und zu sichern, sind die Gewerkschaften bestrebt.

„Alle Räder stehen still“

An dieses Wort wurde man Mittwoch nachmittag in Kassel erinnert, als die Verkehrsmittel, Straßenbahnen, Omnibusse usw. zu einem Schlag stillstanden, damit das Personal ebenfalls den aus den Fabriken und von ihren Arbeitsstätten strömenden Arbeitern und Angestellten zu einer Gewerkschaftskundgebung auf dem Marstaller Platz anschließen konnten. Solche Massen hat dieser Platz im Laufe der Geschichte kaum gesehen. Gewaltige Lautsprecher sorgten für die Uebertragung der Ansprachen der Redner Paul Pletzing (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und Willi Schröder (Vorsitzender des Eisenbahnverbandes). In überzeugender Weise schilderten sie die Nöte der werktätigen Massen. Ihre mit wiederholtem Beifall aufgenommenen Ausführungen fanden ihren Niederschlag in den auf der ersten Seite unserer heutigen Ausgabe wiedergegebenen Beschlüssen.

Gewerkschaftssekretär Schröder wandte sich vor allem gegen den Schwarzhandel und gegen die Sabotage am wirtschaftlichen Wiederaufbau bestimmter Nutznießer einer nicht geordneten Wirtschaft. Paul Pletzing sprach insbesondere über die Moskauer Konferenz und erwartete eine gerechte Behandlung des deutschen Volkes.

Die Kundgebung verlief in bester Ordnung. H.N.

Hess. Nachrichten
20.3.1947

Hess. Nachrichten
27. 11. 1947

„Laßt uns endlich Taten sehen“

Der gestrige Nachmittag stand im Zeichen einer demonstrativen Kundgebung der Werktätigen, die sich zu tausenden auf dem Marstädter Platz versammelt hatten. Bereits um 12 Uhr stellte die Straßenbahn ihren Verkehr ein. Gegen 13 Uhr verließen die Werktätigen die Büros und Arbeitsstellen, um an der Demonstration teilnehmen zu können.

„Reden haben wir genug gehört, laßt uns jetzt endlich Eure Taten sehen“, mit diesen Worten wandte sich Gewerkschaftsvertreter Heinemann in einer Eröffnungsansprache gegen jene maßgeblichen Behörden, die den gewerkschaftlichen Forderungen nach Einschaltung in den Produktions- und Verteilerprozeß passiv gegenüberstünden.

Paul Pletzinger erklärte, daß diese Kundgebung nicht den Charakter der Agitation für die Gewerkschaften trage, sondern eine Demonstration der Solidarität aller Schaffenden sei. Die Gewerkschaften erklärten sich auch in Anbetracht der Not solidarisch mit denen, die in den Betrieben stehen, bei den Behörden tätig sind und den Weg zur Gewerkschaft noch nicht gefunden hätten. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß die Gewerkschaften, als Vertreter aller schaffenden Menschen, gewalt seien, im Lande Inventur zu machen, um überhaupt festzustellen, was produziert werde und in welche Kanäle die Produktion fließe. Paul Pletzinger unterbreitete in seinen Darlegungen die bereits mehrmals vor-

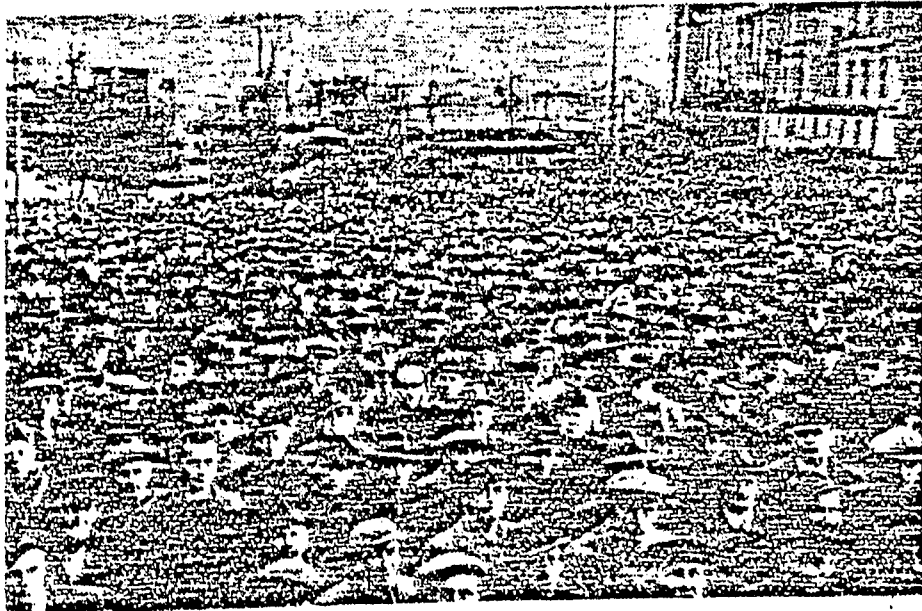
gebrachten Gewerkschaftsforderungen: Kontrolle und gerechte Verteilung der Produktion, Erfassung aller unproduktiven Kräfte, Bekämpfung des Schwarzmarktes und der unmoralischen Methoden in Handel und Gewerbe, gerechte Wohnraumverteilung. Als Beispiel für die Unfähigkeit der Lenkungsbehörden schilderte Pletzinger zwei Fälle, nach denen in den letzten zwei Wochen 14 Zentner Butter dem Verbrauch entzogen werden mußten, weil sie übermäßig Wasser enthalten hätten, und die Anhäufung von Fetten und Knochen für die Seifenzubereitung in Trubenhäusern. Der Redner forderte u. a. auch die Umgestaltung des § 69 der Hessischen Verfassung, in dem die

Kriegsdienstverweigerung in jedem Falle verankert werden müsse.

Der Vorsitzende des FGB Hessen, Richter, betonte, daß sich die Gewerkschaftsarbeit früher in erster Linie auf Lohngestaltung bezogen habe, während sie heute als mitbestimmender Faktor beim Wiederaufbau gelte. Er forderte die Bildung von Kommissionen bei den Wirtschaftsämtern, denen auch Gewerkschaftsvertreter angehören müßten. Im Verlauf seiner Ausführungen schilderte Richter die gewerkschaftlichen Bemühungen beim Wirtschaftsrat zur Behebung der Nöte auf dem Nahrungs- und Bekleidungssektor. Demnächst würden aus Amerika Textilien im Werte von 60 Millionen Dollar in die Bizone eingeführt werden.

Hess. Nachrichten
27. 11. 1947

Vierzigtausend demonstrierten in Kassel



Am Mittwochnachmittag standen in Kassel im wahrsten Sinne des Wortes alle Räder still. Die Angehörigen fast sämtlicher Kasseler Betriebe einschließlich der Straßenbahn und des Eisenbahn-Ausbesserungswerkes hatten dem Rufe der Gewerkschaften zu einer öffentlichen Demonstration für die gewerkschaftlichen Forderungen zur Steuerung der Not Folge geleistet. Unser Bild gibt einen Teilausschnitt der Riesenkundgebung auf dem Marstädter Platz wieder, auf der die Gewerkschaftsführer August Heinemann, Paul Pletzinger, beide aus Kassel, und Max Richter, Frankfurt a. M., zu rund 40 000 Teilnehmern sprachen. Aufn.: H.N.

Demonstration als Warnung

Die Werktätigen Kassels protestieren gegen die Teuerung

Am Donnerstagnachmittag, zum gleichen Zeitpunkt, an dem im ganzen Hessenlande, durch den FGB aufgerufen, die schaffende Bevölkerung gegen die anhaltenden Preissteigerungen demonstrierte, fand sich auf dem Marstaller-Platz eine nach Tausenden zählende Menge ein, um gegen die Teuerung zu protestieren. In Transparenten forderte sie die Durchführung des Betriebsarbeitsgesetzes, Bestrafung der Preiswucherer und Unschädlichmachung aller Geld- und Warenhorter, sowie die Abwehr von Lohn- und Gehaltskürzungen.

Der Leiter der Gewerkschaft „Verwaltung und öffentliche Betriebe“, Eckerlin, sprach über die unsozialen Methoden der heutigen Wirtschaftsführung. „Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, für die Planwirtschaft oder für die freie Wirtschaft zu plädieren“, sagte Eckerlin u. a. „Wir müssen aber der Wirtschaft, den Arbeitgebern und dem Staat gegenüber die Forderung vertreten, daß die Lebensinteressen der Werktätigen beachtet und gewahrt bleiben. Einmütigkeit besteht darin, daß eine freie Wirtschaft nur dann möglich ist, wenn die Nachfrage nach Produktionsgütern und Nahrungsmitteln voll befriedigt wird.“

Preissteigerungen, die schon lange in keinem Verhältnis zu dem gestoppten Löhnen der Arbeiter, Angestellten und Beamten stehen, können nur durch staatliche Maßnahmen überwunden werden.“

Der Preistreiber würden die Gewerkschaften nicht tatenlos zusehen; die Kundgebung sei die letzte Warnung für jene, die glauben, daß man mit den Interessen des arbeitenden Volkes Schindluder treiben könne.“

Die Betriebsrätin der Firma Henschel, Luise Waldeck, lehnte die einseitige Preispolitik zugunsten der Erzeuger und des Handels ab: „Wenn Angleichung an die Weltmarktpreise, warum dann nicht auch Angleichung an den Weltmarktlohn!“

Zum Schluß der Kundgebung verlas Gewerkschaftssekretär Heine mann eine Resolution der Bundesleitung des FGB gegen Preistreiber und Wucher.

Auch die Mitglieder der städtischen Verkehrs- und Wirtschaftskommission beschäftigten sich am Donnerstag mit der gegenwärtigen Preisentwicklung, deren Auswirkung zugunsten der Verbraucher gemildert werden müsse. Das Preisamt der Stadt wurde beauftragt, Preissteigerungen jeder Art zu verhindern.

direktor Ratjen empfiehlt Käuferdisziplin:
Nicht wahllos kaufen, sondern wählen und dem billigeren Händler den Vorzug geben.

Hess. Nachrichten
14.8.1948

Der Streik geht weiter

+ Am 15. Oktober, dem zweiten Streiktag der hessischen Transportarbeiter, hatte die Gewerkschaft Handel und verwandte Gewerbe, Fachgruppe Transport, eine Versammlung einberufen. Gewerkschaftssekretär Kari Kuba sagte: „Seit Donnerstag 10 Uhr streiken die hessischen Transportarbeiter. Nun sind wir bestrebt, dem Streik sein organisatorisches Gesicht zu geben.“

Die letzte Kampfmaßnahme des Streiks sei unbedingt notwendig gewesen. Die Arbeitnehmer hätten es in der letzten Zeit sehr gut verstanden, die Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen. Wenn die Transportarbeiter 15 Prozent Lohnerhöhung rückwirkend ab 18. 8. 1948 gefordert hätten, so sei dies eine Minimalforderung gegenüber dem Ansteigen der allgemeinen Lebenshaltungskosten um 50, 60 und 70 Prozent.

Kuba erklärte, die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber als Antwort auf die Lohnforderungen der Werktätigen sei mitverantwortlich für den Streik. Der Schlichter habe 12½ Prozent Lohnerhöhung vorgeschlagen gegenüber einem Angebot der Arbeitgeber von 5—10 Prozent. Es gäbe nun keinen anderen Weg, als Fortführung des Streiks. Seitdem am 14. 10. die Streikkomitees gewählt seien, werde alles unternommen, um eine Streiksabotage zu verhindern. „Jetzt muß man darangehen, auch die kleinen Transportbetriebe stillzulegen!“ Gewerkschaftssekretär Kuba stellte die Silo-Company als Vorbild hin. Dieses Unternehmen habe von sich aus sogar 30 Prozent Lohnerhöhung eingeführt, weshalb in

diesem Werk von einem Streik abgesehen worden sei.

Die Versammlung nahm einstimmig eine EntschlieÙung an, in der betont wird, daß der Streik bis zur Erfüllung der gerechten Lohnforderungen anhalten werde.

Arbeitsstille im Kasseler Hafen

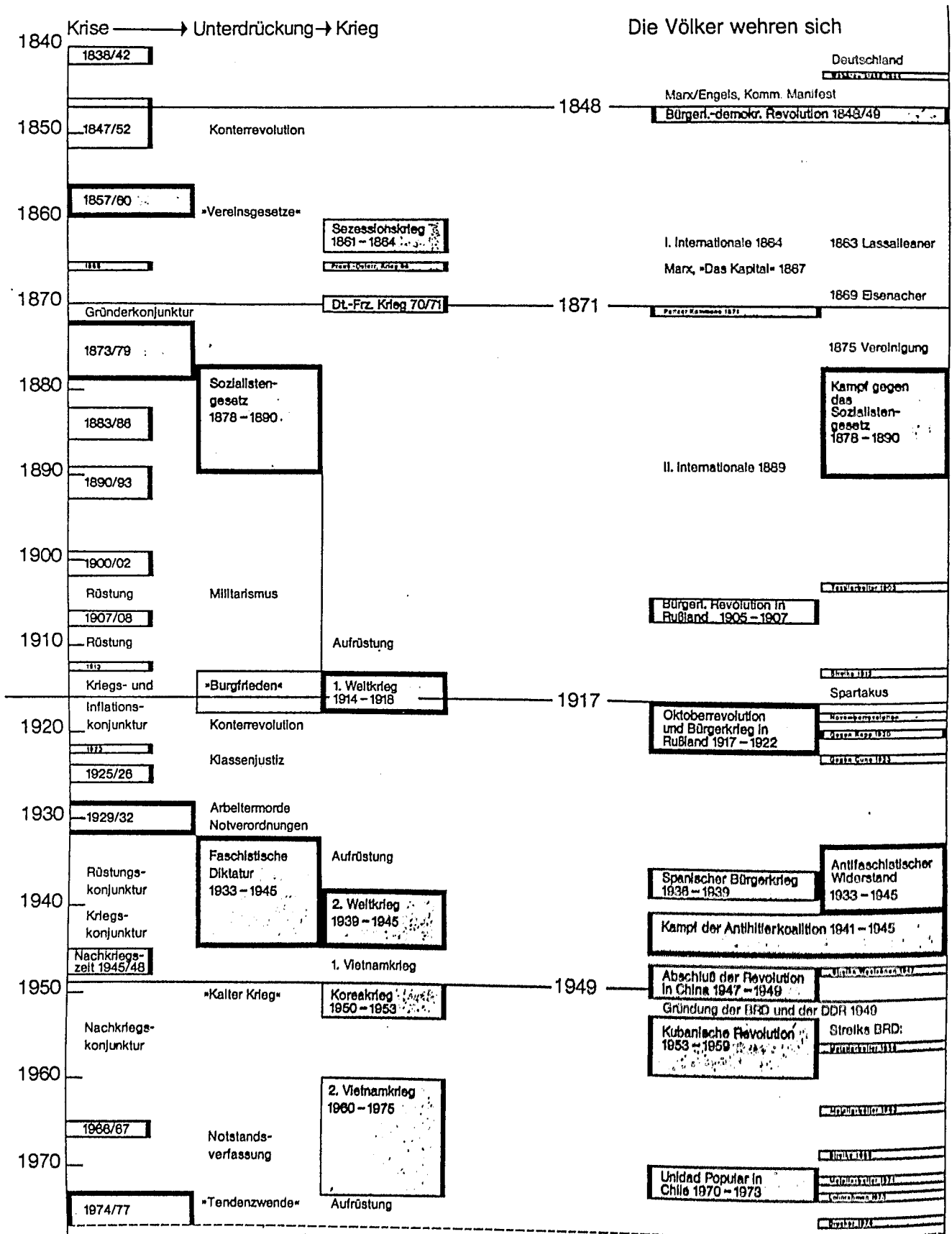
Im Kasseler Hafen liegen zwei mit Getreide beladene Lastkähne, die wegen des Streiks nicht gelöscht werden können. Weitere Schiffe sind nach Kassel unterwegs, wie der Leiter der Bremer-Mindener Schiffsahrts-AG, Becker, mitteilte.

Oberbürgermeister will schlichten

+ Nach einer Mitteilung des Gewerkschaftssekretärs Kuba bemühe sich Oberbürgermeister Seidel um eine Schlichtung des Streiks für Kassel. Er habe sich aus diesem Grunde mit den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Verbindung gesetzt. Am 16. Oktober sollen die ersten Verhandlungen geführt werden.

Hess. Nachrichten
16.10.1948

Zeittafel 1840 - 1977



Entnommen aus: P. Scherer, Der Kampf gegen das Sozialistengesetz 1878 - 1890, IG-Metall-Arbeitsheft 512 Ffm. 1978